



Hubertus Zdebel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Obmann der Fraktion DIE LINKE im
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Hubertus Zdebel, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

NaturFreunde Deutschlands
Landesverband NRW

Ebberg 1
58239 Schwerte

EINGEGANGEN

20. Okt. 2015

Erl. SLL

Berlin, 09.10.2015
Bezug:
Anlagen:

**Betreff: Ihr Schreiben vom 05.10.2015 zu einem
grundsätzlichen Fracking-Verbot in Deutschland**

Hubertus Zdebel, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 3.806
Telefon: +49 30 227-74332
Fax: +49 30 227-76332
hubertus.zdebel@bundestag.de

Sehr geehrte Herr Matthias Möller,
liebe NaturFreunde NRW,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben, das ich als für das
Themenfeld Fracking verantwortlicher Abgeordneter im Namen
meiner Fraktion DIE LINKE gerne beantworte.

Wahlkreisbüro Münster:
Achtermannstr. 19
48143 Münster
Telefon: +49 251 4909246
Fax: +49 251 4909352

Mit Ihrem Anliegen treffen Sie auf meine volle Unterstützung.
Sie sprechen in Ihrem Schreiben eine Vielzahl von Problemen
an, die ich genauso kritisch sehe wie Sie.

Wahlkreisbüro Gelsenkirchen:
Wildenbruchstr. 17
45888 Gelsenkirchen
Telefon: +49 209 91358855
Fax: +49 209 91358857

Fracking ist mit immensen negativen Auswirkungen für Mensch
und Umwelt verbunden. Besonders zu erwähnen seien an dieser
Stelle:

- die Verunreinigung des Grund- und Trinkwassers durch
Chemikalien, Methan oder Lagerstättenwasser. Diese
können durch Unfälle, natürliche oder künstlich
geschaffene Wegsamkeiten im Untergrund sowie
undichte Bohrlochabdichtungen und
Zementummantelungen an die Oberfläche und in das
Grundwasser gelangen. Dass „die Gefährdung der
oberflächennahen Wasservorkommen“ nicht
ausgeschlossen werden kann, bestätigen auch Studien
des Umweltbundesamts
([http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umwe-
ltauswirkungen-von-fracking-bei-aufsuchung](http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umwe-
ltauswirkungen-von-fracking-bei-aufsuchung)) und der
Landesregierung Nordrhein-Westfalen
([https://frackingfrei.files.wordpress.com/2012/11/texte_5
3_2014_umweltauswirkungen_von_fracking-1.pdf](https://frackingfrei.files.wordpress.com/2012/11/texte_5
3_2014_umweltauswirkungen_von_fracking-1.pdf));
- die ungeklärte und unfallträchtige Entsorgung des
hochgiftigen Flowback aus Lagerstättenwasser und Frac-



Flüssigkeit, der neben Chemikalien des Frack-Vorgangs häufig unter anderem radioaktive Isotope, Quecksilber und Benzol enthält;

- unkontrollierbare und klimabelastende Methan-Austritte aus Bohrleitungen oder Rissen im gashaltendem Gestein;
- die Gefahr von durch Fracking oder der Verpressung von Lagerstättenwasser in sogenannte Versenkbohrungen ausgelöste Beben;
- die miserable Klimabilanz von Erdgas aus gefrackten unkonventionellen Lagerstätten, welche schlechter als die von Erdgas aus konventionellen Lagerstätten ist.

Angesichts dieser Risiken wäre es unverantwortlich, Fracking selbst unter Einsatz nicht-toxischer Frac-Flüssigkeiten und unter verschärften Auflagen zu erlauben.

Aus diesen Gründen hat die Linksfraction auch einen Antrag für ein ausnahmsloses gesetzliches Verbot von Fracking in Deutschland in den Bundestag eingebracht, in dem ausdrücklich die Änderung des Bergrechtes gefordert wird. In diesem heißt es u.a.:

„II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Gesetzentwurf zum Fracking-Verbot vorzulegen, a. der durch eine Änderung des Bundesberggesetzes sicherstellt, dass die Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen mittels hydraulischen Aufbrechens von Gestein (Hydraulic Fracturing) ohne Ausnahme verboten ist,[...]“

Den gesamten Antrag können Sie hier einsehen:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/048/1804810.pdf>

Weitere Informationen hierzu finden Sie auf der Homepage der Linksfraction:

<http://www.linksfraktion.de/im-wortlaut/bundesregierung-will-fracking-deutschland-erlauben/>

Wenn Sie es mir gestatten, würde ich zu einigen Aspekten gerne ausführlicher Stellung nehmen:

Die Zunahme von Erdbeben in niedersächsischen Erdgasfördergebieten zeigt, dass die Erdgasförderung, insbesondere Fracking, eine reale Gefahr für Gesundheit, privates Eigentum, wie z.B. Wohnhäuser und die öffentliche Infrastruktur darstellen. Die Industrie und die herrschende Politik haben die Risiken der Erdgasförderung bisher einfach ignoriert. Die Erdgaskonzerne, die jetzt mit allen Mitteln Fracking durchsetzen wollen, haben jahrelang einen



Zusammenhang der Erdbeben mit ihrer Gasförderung abgestritten. Dies ist inzwischen nicht mehr haltbar. Weitere Informationen können Sie hier finden:
<http://www.hubertus-zdebel.de/bundesregierung-gibt-zu-erdbeben-wegen-erdgasfoerderung/>

Die Risiken der Erdgasförderung mittels Fracking erfordern mehr Transparenz sowie politische und wissenschaftliche Beschäftigung. Dies gilt besonders hinsichtlich der Fragen der Prävention und der Beherrschbarkeit der Auswirkungen des Fracking-Prozesses, wenn Bohrungen oder Fracking in geologische Störungen oder in deren direkter Nähe erfolgen.

In der aktuellen Diskussion um das Fracking-Erlaubnisgesetz hat die Bundesregierung die Gesundheitsrisiken bisher unbeachtet gelassen. Die Gesundheitsgefahren erfordern aber eine deutlich stärkere Aufklärung. Daher stellt sich auch in Deutschland akut die Frage nach einer besseren Prävention von Risiken und Gefahren der Erdgasförderung und insbesondere der Fracking-Technologie. Aktuell haben wir deshalb auch zwei Kleine Anfragen an die Bundesregierung gestellt, in denen wir nach den vorhandenen Risiken der Gasförderung und insbesondere nach der Verursacherhaftung fragen. Nähere Informationen finden Sie hier:
<http://www.hubertus-zdebel.de/erdbebengefahr-aufklaeren-statt-totschweigen/>

Auf NRW Ebene gab es in den letzten Wochen interessante Entwicklungen. Die Landesregierung hat angekündigt, im Alleingang Fracking in NRW zu verbieten. Die NRW-Landesregierung um SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat offensichtlich jede Hoffnung auf eine konsequente Haltung der SPD-Bundesminister und der Abgeordneten der Großen Koalition im Bund verloren. Fracking soll nach den Vorstellungen der Landesregierung über entsprechende Festlegungen im Landesentwicklungsplan verhindert werden, der hierfür geändert werden muss. Dabei ist mehr als fraglich, ob derartige Festlegungen mit dem Bundesberggesetz in Übereinstimmung zu bringen sind. Dies bedeutet, dass der Vorstoß der Landesregierung derzeit auf tönernen Füßen steht.

Das Vorgehen der Landesregierung wirft zudem Fragen nach der Reichweite der Entscheidung auf. Sollten Probebohrungen erlaubt sein, wie es sich derzeit abzeichnet, wäre das der erste Einstieg in die Anwendung der Fracking-Technik in NRW. Ich habe die Landesregierung aufgefordert, zu erklären, ob Fracking durch die Hintertür einer angeblich wissenschaftlichen Erforschung der Weg geebnet werden soll.



Zudem kann der Vorstoß der Landesregierung Fracking nicht sicher ausschließen. Wechselt die Landesregierung, kann der Landesentwicklungsplan schnell geändert werden und der Weg für Fracking damit frei gemacht werden. Der notwendige Schutz der Bevölkerung und der Umwelt kann nur durch ein bundesweites Fracking-Verbot ohne Ausnahmen, das im Bundesberggesetz zu verankern ist, durchgesetzt werden. Dafür wird sich DIE LINKE weiter einsetzen.

<http://www.hubertus-zdebel.de/entscheidung-der-nrw-landesregierung-zu-fracking-ist-schallende-ohrfeige-fuer-die-bundes-spd/>

Wenn Sie Fragen, Informationen, weitere Anregungen oder Kritik haben, kontaktieren Sie mich jederzeit gern erneut über mein Berliner Büro. Darüber würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Hubertus Zdebel